

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Ausgabestellen 2 RM, im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,35 RM, bei Postbestellung 2 RM, zusätzlich Porto. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Preis: 10 Pf. pro Woche. In allen Buchhandlungen, in den Verlagsstellen der Reichspost und in den Geschäftsstellen der Reichspost zu beziehen. In allen Buchhandlungen, in den Verlagsstellen der Reichspost und in den Geschäftsstellen der Reichspost zu beziehen. In allen Buchhandlungen, in den Verlagsstellen der Reichspost und in den Geschäftsstellen der Reichspost zu beziehen.

Wilsdruffer Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprechnummer: 2640. Die 4 getrennten Nummern 20, 21, 22, 23, die 4 getrennten Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40, 41, 42, 43, die 4 getrennten Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40, 41, 42, 43, die 4 getrennten Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40, 41, 42, 43.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostgen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 108. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Dienstag, den 10. Mai 1927

Drei Reden.

Das Reichsparlament beginnt nach der Osterpause wieder seine Arbeit, wichtige Angelegenheiten stehen zur Beratung. Gerade in diesem Augenblick gewinnen einige Reden politischer Führer, die am Sonntag an verschiedenen Stellen gehalten wurden, besondere Bedeutung. Von einer unterrichtlichen Persönlichkeit des innenpolitischen Lebens wird uns dazu geschrieben:

Der Wiederzusammentritt des Reichstages hat vielleicht das Signal dafür gegeben, daß führende Männer der Regierungsparteien sich über unsere politische Lage äußerten. Dabei sind Erklärungen über das Verhältnis der Regierungsparteien zueinander durchaus nicht vermieden worden. Besonders ist es Dr. Stresemann gewesen, der in Dehnbauten auf dem Vertretertag der Deutschen Volkspartei als Außenminister Verjüde von ausländischen Presseorganen zurückwies, die deutsche Außenpolitik des Kabinetts Marx als durchaus nicht von dem Willen aller Regierungsparteien getragen zu bezeichnen. Stresemann erklärte mit deutlicher Bezugnahme auf Kundgebungen in Deutschland, die insbesondere an die Tradition der alten Armee anknüpfen, daß diese Temperamentsbrüche durchaus nicht den Gang der deutschen Außenpolitik in eine andere Richtung abbrechen könnten und im übrigen im Hinblick auf die ganze bedrängte Lage Deutschlands verständlich seien. Das Ausland könnte dafür sorgen, daß der Grund für diese Temperamentsbrüche beseitigt würde. Auch in der Frage eines Ost-Lozano verweist Dr. Stresemann auf die bekannten Richtlinien, auf die sich ja die Regierungsparteien vor Schaffung der Koalition geeinigt haben.

Es ist also nicht so sehr die Außenpolitik selbst, die Dr. Stresemann zum eigentlichen Kern seiner Rede machte, sondern es ist das Verhältnis der deutschen Regierungsparteien zueinander, das als selbstverständlicher Gegenstand von Sprengversuchen der Opposition ist, das aber doch fester erscheint, als diese Opposition und das Ausland wohl denken. Demgemäß ging in einer Rede der Führer der größten Koalitionspartei, nämlich Graf Westarp, dreier auf die Innenpolitik ein. Wenn die Koalitionspolitik selbstverständlich auch immer eine Kompromisspolitik bleiben müsse, so habe die jetzige Koalition ihren scharf antisozialdemokratischen Kurs deswegen einschlagen müssen, weil sie von der Sozialdemokratie selbst dazu gezwungen worden sei. Als Beispiel hiezu führte er die Politik der Preussischen Regierung in der Frage des Finanzausgleichs an. Es sei der preussischen Regierung die Möglichkeit gegeben, mit Hilfe ihrer Stimme im Reichsrat sehr leicht Mehrheitsbeschlüsse des Reichstages unwirksam zu machen, weil zahlreiche Mitglieder dieser Reichsrats von den einzelnen sozialistischen Länderregierungen in ihrer Haltung bestimmt werden. Auch in der Justiz und in der inneren Verwaltung ist der Einfluß der Reichsregierung ein geringer, kann auch durch die Maßnahmen politischer anderer gerichtlicher Länderregierungen leicht unwirksam gemacht werden. Die Worte, die dann der deutschnationale Führer gegen die Sozialdemokratie richtete, gingen nicht an der Tatsache vorbei, daß das Zentrum im Reich mit der Rechten, in Preußen aber mit der Linken zusammengehe; das verbreite Unklarheit auch über die Art, wie im nächsten Jahre der große Wahlskampf bei der Reichstags-Neuwahl geführt werden solle. Überhaupt stelle sich in den Ländern immer mehr heraus, daß eine Verbindung der Mitte mit der Linken fast eine Unmöglichkeit darstelle. Schließlich sagte Graf Westarp seine Ausführungen in eine Kampfansage gegen die Sozialdemokratie zusammen, wofür er auch bisher widerstrebende Parteien zu gewinnen hofft. Dabei müsse von den deutschnationalen als der stärksten Koalitionspartei immer das in den Vordergrund gestellt werden, was alles einle.

Dieses Eintreten bezeichnete ferner der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, in einer Rede, die ebenfalls in Dehnbauten gehalten wurde, als eine aus den letzten Monaten entspringende erfreuliche Tatsache, beschränkte sich aber darauf, dies lediglich hinsichtlich unserer außenpolitischen Linie darzulegen. Er sprach mit einer gewissen Zurückhaltung über unsere derzeitige außenpolitische Lage; stärkere internationale Interessen, wie sie sich um China und Albanien zusammenballen, haben die deutsche Frage zurückgedrängt, — um so mehr ist es unsere Pflicht, unferner alles zu tun, um außenpolitisch wieder vorwärtszukommen, um immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Räumung des besetzten Gebietes am Rhein nicht ein Entgegenkommen bedeutet, sondern daß wir ein Recht darauf haben. Selbstverständlich dürfe die Erfüllung der Verpflichtungen, die nach dieser Richtung hin die Alliierten uns gegenüber haben und auf die wir energisch verweisen, nicht erkauft werden durch Zugeständnisse im Osten. Vier berührt sich Dr. Scholz deutlich mit den Ausführungen Dr. Stresemanns und gewissenen Sätzen aus einer Rede, die vor kurzem der deutschnationale Justizminister Herget in Dehnbauten machte; gerade diese sind ja von der Opposition als Ausdruck gewisser Meinungsveränderungen im Kabinett bezeichnet worden. Auch handelspolitisch sind wir nach der Ansicht

25000 Mann weniger Besatzung gefordert.

Neue Verhandlungen mit Frankreich.

Dr. Rieth wieder bei Briand.

Die deutsch-französischen Verhandlungen, die Mitte voriger Woche in der Frage der Rheinlandräumung eingeleitet worden waren, sind fortgesetzt worden. Wie die französische Presse zu melden weiß, aber erst jetzt bekannt wird, hat der französische Außenminister Briand am Freitag abermals dem deutschen Botschaftsrat Dr. Rieth empfangen; außerdem sind noch Besprechungen für die nächsten Tage vorgesehen. Die letzte Unterredung ist nach französischen Blättermeldungen der Initiative Briands zuzuschreiben, der den Wunsch hatte, die Verhandlungen, die zwischen Deutschland und Frankreich über die verbliebenen Probleme geführt worden sind, fortzusetzen.

Der oft als offiziöses Sprachrohr benutzte „Petit Parisien“ weiß über die letzte Unterredung noch nähere Angaben zu machen. Danach hat Dr. Rieth erklärt, daß eine Herabsetzung der Besatzungstruppen im Rheinland um 25 000 Mann den in Locarno gemachten Zusagen entsprechen würde. Wenn die Alliierten von sich aus diese Herabsetzung vornehmen würden, wäre das ein Beweis dafür, daß sie dem Geist der damals abgeschlossenen Verträge treu blieben. Frankreichs Interesse wendet man ein, daß man ja bereits eine sehr bedeutende Herabsetzung vorgenommen hat und daß die Umarüstung der Einheiten in den großen Zentren die alliierte Besatzung für die Bewässerung der Sablenier und Mainzer Zone bereits erleichtert hat. Nichtsdestoweniger besteht, so laut das Blatt weiter, die deutsche Regierung darauf, und hierfür ist der neue Besuch Dr. Rieths der Beweis, daß die von ihr gewünschte Herabsetzung durchgeführt werde. Die deutsche Regierung verheimlicht jedoch nicht, daß sie ihre Forderungen nicht immer darauf beschränken werde und daß die Forderung nach vollständiger Räumung des Rheinlandes gestellt werden würde, sobald Deutschland nach Ausschöpfung der letzten Entwaffnungsmaßnahmen sich für berechtigt halten werde, sich auf Artikel 431 des Versailler Vertrages zu berufen.

Die Enttäuschung von Locarno.

Auf dem Parteitag des rheinischen Zentrums in Köln sprach der Vorsitzende der Reichstagsfraktion, Geheimrat von Gumbard, über das Zentrum in der neuen Reichsregierung. Die an Locarno und Genf geknüpften Wünsche seien stark enttäuscht worden. Auf die völlige Räumung und die baldige Rückkehr des Saarlandes zu Deutschland hätten wir ein gutes Recht. Das Saarland werde wirtschaftlich verelenden, wenn es bis 1935 von uns getrennt bleibe. Wir können unmöglich die

ungeneuere Grenzziehung im Osten abermals garantieren und uns der Möglichkeit berauben, auf friedlichem Wege eine Änderung herbeizuführen. Wir erwarten von der Reichsregierung, daß sie in der Räumungsfrage entsprechend handelt. Neben dem „Piazzo von Locarno“ steht das „Piazzo der Abrüstungskonferenz. Wir wünschen auch die Erörterung des Dawos-Planes und der Reparationsfrage. Die Verlängerung des Republikshutgesetzes bezeichnete der Redner als die dringlichste Arbeit nach Wiederzusammentritt des Reichstages. Er sehe im übrigen keine Krisenluft.

Der Stillstand in der Locarnopolitik.

„Deutschlands Schuld.“

London, 9. Mai. Englands Haltung bei den Rheinlandverhandlungen wurde heute dem Vertreter der Telegraphen-Union von offizieller Seite in der Weise mitgeteilt, daß nach englischer Auffassung die Voraussetzungen für die Räumungsverhandlungen heute denkbar ungünstig seien, da sich die an Locarno geknüpften Erwartungen nur teilweise erfüllt hätten. Die Schuld hieran treffe nicht England und auch nicht Frankreich, sondern in der Hauptsache Deutschland. Während England alles getan habe, was man von ihm auf Grund der Locarnopolitik erwarten konnte, würde ein Blick auf die Liste der alliierten Forderungen zeigen, wie wenig dagegen Deutschland bisher getan habe. Wohl sei nicht zu leugnen, daß der Wille des Ausgleiches in Deutschland gewachsen sei. Aber praktisch seien die deutschen Leistungen durchaus unbedeutend gewesen. Die Ostbesetzungen werden hierbei als stures großes Beispiel angeführt. Engländerseits wurde darauf hingewiesen, daß England keine Besatzungstruppen auf 9000 Mann herabgesetzt hätte. Eine weitere Herabsetzung sei nicht möglich, weil sonst die unerlässliche Ausbittungsmaßnahme für das Besatzungskontingent unterbunden werden würde. Belgien sei Englands Beispiel gefolgt. In der Besatzungsfrage könne Frankreich nach eigenem Ermessen handeln. England habe auf Frankreich keinerlei Einfluß. Die englische Auffassung in der Rheinlandfrage geht dahin, daß nicht die Alliierten, sondern Deutschland mit seinen Locarno-Konzeptionen im Rückstand sei. In Anbetracht der Ereignisse im fernem Osten und der wieder aufbrechenden Schuldenkontroverse in Amerika scheint man im übrigen in London in der Rheinlandfrage noch viel Zeit zu haben. Der Bericht des diplomatischen Korrespondenten des Daily Telegraph, nachdem in Paris eine Truppenherabsetzung von 25 000 Mann erwogen werden würde, wird auch als den Tatsachen weit vorausgeschickt bezeichnet. In Paris sei der ganze Fragekomplex nur ganz allgemein behandelt worden.

von Dr. Scholz nicht recht vorwärtsgekommen, da Verträge gerade mit unseren beiden Nachbarn im Westen und Osten noch nicht zum Abschluß gelangt sind. Nach einer Darlegung des Verhältnisses der Deutschen Volkspartei zu einer Reihe innenwirtschaftlicher und innenpolitischer Fragen, wobei er immer wieder die Notwendigkeit des Kompromisscharakters der Innenpolitik betonte, stellte er zum Schluß noch einmal die Gemeinsamkeit der außenpolitischen Richtung fest, die durch das Bekenntnis der deutschnationalen zu ihr ebenso bewiesen werde wie die innenpolitische Gemeinsamkeit durch das Bekenntnis dieser Partei zur Verfassung. Und Dr. Scholz schloß mit der Versicherung, daß die Deutsche Volkspartei im jetzigen Reichskabinett, dem regierungspolitischen Ausdruck dieser Gemeinsamkeit, weiter mitarbeiten wolle.

So durchläuft diese drei Reden nicht nur ein einheitlicher Ton, sondern es kommt in allen dreien auch der feste Wille der Parteien zum Ausdruck, auf absehbare Zukunft hinaus an der jetzigen Einheit festzuhalten.

Der Reichspräsident in Wilhelmshaven.

Besuch der Marineanlagen.

Reichspräsident von Hindenburg ist in Begleitung des Staatssekretärs Dr. Meißner, des oldenburgischen Ministerpräsidenten von Fiedler, des Oberpräsidenten Rostke, des oldenburgischen Staatsrats Altherrn und des Majors von Hindenburg, aus Oldenburg kommend, am Montag in Wilhelmshaven eingetroffen. Auf dem Bahnhof erfolgte ein Empfang durch den Reichswehrminister Dr. Geßler, den Chef der Marineleitung, Admiral Zentler, den Stationschef, Vizeadmiral Bauer, den Festungskommandanten sowie die Oberbürgermeister von Wilhelmshaven und Rastenburg. Vor dem Bahnhofsgebäude war eine Ehrenkompagnie aufgestellt, deren Front der Reichspräsident, der Marschalluniform trug, abschritt. Hierauf fuhr der Reichspräsident, von der Bewässerung herzlich begrüßt, zur nahe gelegenen Evangelischen Garnisonkirche, durch die ein kurzer Rundgang unternommen wurde. Die Stadt ist festlich geschmückt.

Nach einer Autofahrt, bei der die Kaiser-Wilhelm-Brücke, die Einfahrten 1, 2 und 3, die Schiffsliegeplätze im

Nordhafen und die Marinewerft berührt wurden, besuchte der Reichspräsident die Kaserne am Mühlentweg, wo die Marineteile des Standortes einschließlich der Besatzungen der ortsanwesenden Schiffe und Fahrzeuge der Reichs-



Hindenburg bei den Oldenburger Kindern.

marine, die herangezogenen auswärtigen Truppenteile des Standortsbereichs und Krüger- und Marineverleine Paradeaufstellung genommen hätten. Der Reichspräsident schritt die Front ab und nahm der Vorbeimarsch entgegen. Sodann begab sich der Reichspräsident zum Ehrenfriedhof, wo ein Kranz niedergelegt wurde. Nach kurzem Besuch beim Stationschef wurde dem Reichspräsidenten im Offiziersheim eine größere Anzahl höherer Offiziere und Marinebeamten vorstellt, woran sich ein

beifelte
i. Das
ste den
steht in
stigung
i. Sucht
identen-
ber des
alastisch
inaden-
n. Der
den.
el
uf dem
in Ver-
schichten
in Ver-
n. Dr.
id auch
Kampfe
Läden
vorzu-
ner
Bieder-
mannen
Turner
gen be-
Veran-
nehm-
erschaft,
den in
tragen.
et vom
ist be-
n einen
en und
s wird
e Welt-
zu die
Ber-
n.
zeit in
Kugel
n.
land-
gt lebt
e Pro-
ment
fortfall.
294).
Meier.
Suite.
Leip-
für
Studien-
Jugend-
Wesle.
Wit-
s. Starke.
s. 10.15.
* 4.00.
ffmann.
ung des
* 7.05.
angefell-
M-Stun-
onender-
Jahob:
s. 8.30.
Thoma.
angete
Stein
einen
e sich
ihrem
Prin-
Men-
ogen-
i.
Er
nd sie
Seit-
itt.
Ihre
torf?
nt sie
mr.
s. eines
Bräbe
einer
nicht
-Ge-
eben.
elften
tr zu
er ver-
steht
recht-
ent-
alten.